

Massenabschiebung: Pakistan schickt 80.000 Afghanen in Taliban-Gebiet zurück

Pakistan schickt über 80.000 Afghanen zurück, begründet mit Sicherheitslagen. Ärzte warnen vor katastrophalen Bedingungen.



Islamabad, Pakistan - Seit Ende März 2025 hat Pakistan über 80.000 afghanische Staatsbürger in ihre Heimat zurückgeschickt. Diese Zahl wurde von einem hochrangigen Regierungsvertreter in Islamabad bestätigt. Das pakistanische Innenministerium begründet die Massenabschiebungen mit der angeblichen Verstrickung afghanischer Migranten in kriminelle Aktivitäten und terroristische Anschläge. Laut **Kosmo** plant die pakistanische Regierung, insgesamt rund drei Millionen Afghanen abzuschicken, was die diplomatischen Beziehungen zwischen den beiden Ländern weiter belastet.

Die Taliban haben die Vorwürfe zurückgewiesen und die Zwangsmaßnahmen als unrechtmäßig verurteilt. Sie werfen Pakistan Menschenrechtsverletzungen und willkürliche Abschiebungen vor. Für die Abgeschobenen wurden auf afghanischer Seite provisorische Zeltlager eingerichtet, die laut UN und internationalen Hilfsorganisationen unter miserablen Bedingungen leiden. Besonders betroffen sind Frauen, Kinder und schutzbedürftige Personen, die mit Obdachlosigkeit, Hunger und unzureichender medizinischer Versorgung konfrontiert sind.

Zusätzliche Auswirkungen der Rückführungen

Die Situation für viele Afghanen, die in den letzten Monaten nach Pakistan geflüchtet sind, wird zunehmend kritisch. Laut einem Bericht des **Spiegel** haben über 100.000 Afghanen das Land aufgrund der drohenden Vertreibung verlassen. Viele Rückkehrer fürchten Verfolgung durch die Taliban und stehen vor katastrophalen wirtschaftlichen Bedingungen in Afghanistan. Die Menschenrechtssituation hat sich seit der Machtübernahme der Taliban im August 2021 stark verschlechtert, insbesondere für Frauen und Mädchen, die von grundlegenden Rechten und Freiheiten ausgeschlossen sind.

Rückkehrende Afghanen leiden unter Arbeitslosigkeit und einer unzureichenden Gesundheitsversorgung. **Human Rights Watch** fordert Pakistan auf, die Zwangsrückführungen zu stoppen und die Taliban dazu, eine friedliche Rückkehr zu ermöglichen. Die pakistanische Polizei hat Berichten zufolge gewaltsame Maßnahmen ergriffen: Häuser wurden durchsucht und Menschen wiesen schwere Misshandlungen auf. Viele Rückkehrer gaben Angst vor Verhaftungen als Grund für ihre Rückkehr an.

Zukunft der Rückkehrenden

Die wirtschaftliche Lage in Afghanistan ist desaströs. Das Land

ist de facto vom internationalen Bankensystem ausgeschlossen, was die Krise weiter verschärft. Über 22 Millionen Afghanen sind auf Soforthilfen angewiesen, und 3,5 Millionen Kinder sind akut unterernährt. Die Rückkehrer haben häufig ihr Eigentum in Pakistan zurückgelassen und finden kaum Einkommensmöglichkeiten in Afghanistan. Eine adäquate Gesundheitsversorgung, insbesondere für Frauen und Mädchen, ist nicht vorhanden. Frieden und Stabilität bleiben in weiter Ferne, und viele Rückkehrer stehen einer ungewissen Zukunft gegenüber. Die internationale Gemeinschaft ist gefordert, um die humanitäre Lage zu entschärfen und den betroffenen Afghanen zu helfen.

Details	
Vorfall	Menschenhandel
Ursache	Zwangsmaßnahme, Menschenrechtsverletzungen
Ort	Islamabad, Pakistan
Quellen	<ul style="list-style-type: none">• www.kosmo.at• www.spiegel.de• www.hrw.org

Besuchen Sie uns auf: die-nachrichten.at